



Pressemitteilung / Information für Medien

Bremen, 13. Juni 2022

Die Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz hat den Aufruf internationaler und nationaler Friedensorganisationen an das Europaparlament und den Europarat mit unterzeichnet, sich für Schutz und Asyl für Militärdienstverweigerer aller am Ukrainekrieg beteiligten Staaten einzusetzen.

Durch ein Schreiben des Vereinsvorstands und des Beiratsvorsitzenden an die Vorsitzenden von fünf Fraktionen des Europaparlaments wird der Aufruf unterstützt - in Erinnerung an Ludwig Baumann, der vor 80 Jahren, am 30. Juni 1942, zum Tode verurteilt wurde – von der Justiz einer Wehrmacht, die ganz Europa überfallen hatte. Ludwig Baumann überlebte sein Todesurteil und engagierte sich später nachdrücklich für Frieden und Gewaltfreiheit.

Der heute versandte Brief ist an die Vorsitzenden folgender Fraktionen des Europaparlaments gerichtet: Europäische Volkspartei (EVP), Sozialisten und Sozialdemokraten (S&D), Die Grünen / Europäische Freie Allianz (Grüne/EFA), Renew Europe (Renew), Die Linke und hat folgenden Wortlaut:

„Friedliche Zukunft für Europa, hier: Schutz für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure aus Krisen- und Kriegsgebieten

Sehr geehrte Frau, sehr geehrter Herr Abgeordneter,
der völkerrechtswidrige Überfall der russischen Armee auf die Ukraine findet nicht nur außenpolitisch Widerspruch und Widerstand, sondern führt auch innenpolitisch Bewohner/innen beteiligter Länder zu berechtigten Überlegungen und Handlungskonsequenzen, sich dem Angriffskrieg zu widersetzen und zu entziehen. In hochbewaffneten Staaten, die an der Militärdienstpflicht festhalten, der Gewissensfreiheit zur Militärdienstverweigerung keinen freiheitlichen Umgang einräumen oder gar Gewaltlosigkeit verpönen, sehen Menschen nicht selten allein in der Flucht eine Möglichkeit, um ihrem Gewissen treu bleiben und ein ziviles Leben führen zu können. Nach Artikel 1 Charta der Grundrechte der Europäischen Union ist die Würde aller Menschen unantastbar, zu achten und zu schützen. Artikel 2 garantiert das Recht auf Leben, unseres Erachtens gerade auch dann, wenn es anderenorts bedroht ist.

Wir bitten Sie und die Mitglieder Ihrer Fraktion, sich für den Schutz von geflüchteten Militärdienstverweigerern und Fahnenflüchtigen einzusetzen. Der mit beigefügter Initiative erbetene Schutz hilft u.E. nicht nur, einzelne Leben zu retten und eine neue, zivile Perspektive zu geben, sondern trägt auch mit jedem Einzelfall dazu bei, Gewaltverzicht zu praktizieren und einen aktuellen Konflikt zivil zu bearbeiten.

Aus unserer Warte könnte die Annahme und Realisierung dieser Initiative die durch Krieg beschädigte Hoffnung auf eine friedliche Zukunft für Europa neu nähren und bestärken.“

Mit dem Versand des Briefes wird die Hoffnung auf Einsatz für eine überfraktionelle Regelung geäußert, die den erbetenen Schutz für Verweigerer des Militärdienstes aller am Ukraine-Krieg beteiligten Länder herstellt und garantiert. ---

Link zum Aufruf unter: <http://upgr.bv-opfer-ns-militaerjustiz.de/index.php?page=pressemitteilungen>
Zur Aufruf-Initiative: <https://de.connection-ev.org/article-3576>

ehemaliger Vorsitzender (1990-2018):
Ludwig Baumann (* 13.12.1921, † 5.07.2018)
Vorsitz aktuell vakant.

Schriftführer: Günter Knebel
E-Mail: info@bv-opfer-ns-militaerjustiz.de

Wissenschaftlicher Beirat
Ehrenvorsitz: Prof. Dr. Manfred Messerschmidt, Freiburg /
Vorsitzender: Prof. Dr. Wolfram Wette, Freiburg /
Beisitzer: Prof. Dr. Detlef Garbe, Hamburg /
Günter Saathoff, Berlin / Prof. Dr. Peter Steinbach, Berlin /
Dr. Rolf Surmann, Hamburg.